

Stromnetze: Kritik von CDU und Grünen

Union will neue Konzessionsverträge, Öko-Partei fordert Offenlegung aller Daten und Diskussion

KREIS KASSEL. Die kontroverse Diskussion um die Zukunft der Stromnetze von 24 Kommunen im Landkreis Kassel dauert an. Während die CDU die Empfehlung richtig findet, wieder mit dem Energieversorger Eon Mitte abzuschließen, jedoch in Form neuer Konzessionsverträge, üben die Grünen Kritik. Sie fordern die Offenlegung aller Daten und Zahlen sowie eine ausgiebige Debatte über das Thema ohne Zeitdruck.

Eine Verhandlungskommission der 24 Städte und Gemeinden hat den Kommunen Folgendes empfohlen: Ein Versorgungswerk gemeinsam mit Eon Mitte gründen, in dem die Kommunen 51 Prozent der Anteile behalten, und gemeinsam die Stromnetze betreiben. Allerdings muss jede Stadt oder Gemeinde selbst entscheiden, ob sie der Empfehlung folgen will.

Die CDU möchte ebenfalls die weitere Zusammenarbeit mit Eon Mitte, weil diese Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen sichere, plädiert

jedoch für neue Konzessionsverträge. Diese bedeuten, dass der Energieversorger allein agiert, aber für die Nutzung kommunalen Gebiets für seine Leitungen zahlt.

CDU-Kreisvorsitzender Frank Williges sieht „ein schwer zu kalkulierendes unternehmerisches Risiko“ bei Rückkauf und Betreiben des Stromnetzes durch die Kommunen. Aufgrund hohen Aufwands drohten Verluste, heißt es in einer Pressemitteilung. Williges verweist auch darauf, dass die Einspeisung von Strom aus regenerativen Energien nicht vom Netzbetreiber, sondern vom Gesetzgeber geregelt werde. Auch könne sich jeder Kunde entscheiden, woher er Elektrizität beziehe. Das sage die SPD nicht deutlich genug.

Die Grünen fordern eine lückenlose Information. Sie wollen Nebenabreden der Verhandlungskommission mit Eon Mitte zum Nachteil der Kommunen ausschließen und klären, warum nicht die Städtischen Werke Kassel zum

Zuge kommen sollen, die angeblich ein besseres Angebot unterbreitet haben.

Auch müssten die Angebote vertieft diskutiert werden, fordert Wolfgang Ehle, Geschäftsführer der Grünen im Landkreis, in einer Pressemitteilung. Diese intensive Debatte wolle die SPD aber offenbar zugunsten von Eon Mitte verhindern, indem man eine Entscheidung bis zur Kommunalwahl am 27. März fordere.

Zwei Jahre Zeit

Und, so die Grünen: Das Ende der bestehenden Konzessionsverträge Ende 2011 bedeute nicht, dass am 1. Januar 2012 die Lichter ausgehen. Das Energiewirtschaftsgesetz sehe eine Übergangsfrist von mindestens einem Jahr vor. So blieben zwei Jahre Zeit für eine ausführliche Prüfung der Angebote.

Man könne sogar die bestehenden Konzessionsverträge, die nach 20 Jahren auslaufen, um fünf Jahre verlängern, um mehr Handlungsspielraum zu bekommen. (ing)

HINTERGRUND

24 Kommunen an einem Strang

Die folgenden 24 Kommunen des Landkreises Kassel haben sich zusammengesetzt, um die Zukunft ihrer Stromnetze gemeinsam zu organisieren:

- die Städte Baunatal, Vellmar, Trendelburg, Immenhausen, Bad Karlshafen, Zierenberg, Grebenstein und Naumburg (ein Stadtteil),
- die Gemeinden Schauenburg, Fuldaabrück, Söhrwald, Lohfelden, Kaufungen, Helsa, Niestetal, Fuldata, Espenau, Ahnatal, Habichtswald, Breuna, Calden, Reinhardshagen, Wahlsburg und Oberweser.

In allen Kommunen enden die Konzessionsverträge mit dem Energieunternehmen Eon Mitte nach 20 Jahren Laufzeit am Silvestertag 2011. (ing)